

Die Mitte Basel-Stadt Parteiprogramm

2024

Die Mitte Basel-Stadt: Leitbild

*Wir sind die Partei der politischen Mitte, für die Freiheit, Solidarität und Verantwortung keine leeren Versprechen sind. Mit unseren zukunftsorientierten Positionen, unserer Dialogbereitschaft und Konsensfähigkeit weisen wir den Weg aus der Polarisierung zwischen Links und Rechts zu trag- und mehrheitsfähigen Lösungen. Das ist gut für die Menschen, die in unserem Kanton leben, für die Wirtschaft, die unseren Wohlstand ermöglicht und für die Umwelt, die unsere natürliche Lebensgrundlage bildet. Wir sind «Die Mitte Basel-Stadt». **Wir halten Basel zusammen!***

Freiheit, Solidarität und Subsidiarität

- Die Mitte Basel-Stadt setzt sich für die Freiheit ein. Sie respektiert die Individualität und die Autonomie des Einzelnen. Eigeninitiative und Selbstverantwortung sind ihr wichtig.
- Soziale und ökologische Marktwirtschaft verbunden mit Leistungswettbewerb garantieren Wohlstand und Wachstum.
- Die Würde jedes Menschen ist unantastbar.
- Die Mitte Basel-Stadt steht für ein solidarisches Gemeinwesen ein, das integrierend wirkt, Chancengleichheit gewährleistet und sozial Schwächere bedarfsgerecht unterstützt.
- Zu den Parteien des linken Spektrums grenzt sich die Mitte ab, indem sie Wert auf Subsidiarität und Eigenverantwortung legt. Der Staat übernimmt nur Aufgaben, wenn das Individuum oder die Gesellschaft diese nicht selbst erfüllen können.
- Zu den Parteien des rechten Spektrums grenzt sich die Mitte ab, indem sie Wert auf Solidarität legt, sich für Chancengleichheit und bedarfsgerechte Unterstützung von sozial Schwächeren einsetzt und gegen Abschottung und Fremdenfeindlichkeit kämpft.

Wohlstand und Gerechtigkeit

- Zum Wohle des Mittelstandes, der Familien und der gesamten Gesellschaft setzt sich die Mitte für Rahmenbedingungen ein, die eine gesunde Balance zwischen Privat- und Berufsleben ermöglichen.
- Die Mitte möchte die kleinen Einheiten in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft stärken: Deshalb steht sie ein für Eigenverantwortung, Familien, Föderalismus und KMUs.
- Die Mitte setzt sich für Gleichstellung und Chancengleichheit in der Gesellschaft ein.

Nachhaltigkeit und Konsensfähigkeit

- Zum Wohle der Gesellschaft baut die Mitte auf der Basis ihrer Werte Brücken für tragfähige Lösungen.

Die Mitte nimmt Rücksicht auf die Bedürfnisse aller Generationen, die in unserem Kanton zusammenleben. Keine Generation darf auf Kosten einer anderen übervorteilt werden.

- Die Dialog- und Konsensfähigkeit der Mitte unterscheidet die Partei von Polparteien und macht sie zum unverzichtbaren politischen Partner.

Souveränität und Offenheit

- Die Mitte versteht den Kanton Basel-Stadt und seine Bevölkerung als eine offene Gemeinschaft.
- Die Integrationspolitik der Mitte orientiert sich am Prinzip Fordern und Fördern. Von Menschen, die in unser Land migrieren, fordert die Mitte die Bereitschaft zur Integration und die Einhaltung unserer Regeln und Sitten. Im Gegenzug muss die Integration aktiv vom Kanton gefördert werden.
- Die Mitte setzt sich für eine intensive regionale Zusammenarbeit in der Nordwestschweiz und besonders mit dem Kanton Basel-Landschaft ein. Als Grenzkanton und Tor in die Schweiz ist für uns der Austausch mit den benachbarten Regionen in Deutschland und Frankreich eine Selbstverständlichkeit.
- Eine enge und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Europäischen Union ist im Interesse des Kantons und eine wichtige Voraussetzung für Wohlstand und Prosperität.
- Im politischen Alltag setzt sich die Mitte für eine gelebte Integration und Kooperation im Dreiland ein.

Unsere Schwerpunktthemen und Forderungen

Familien und Generationenpolitik

Zur Familien- und Generationenpolitik gehören die Förderung und finanzielle Entlastung von Familien und die Gestaltung einer lebenswerten Zukunft für kommende Generationen. Die arbeitende Bevölkerung und vor allem mittelständische Familien tragen die Hauptlast der steigenden Preise und einer rasch alternden Gesellschaft. Die Kosten für Gesundheit, Lebensmittel, Wohnen und Sozialabgaben steigen stetig. Zudem ist die Zukunft unserer Sozialwerke nicht gesichert.

Kinder dürfen daher nicht zum Armutsrisiko werden. Die staatliche Förderung der Familien stellt eine Investition in die Zukunft dar, besonders in unserem Stadtkanton mit seinen demografischen Herausforderungen. Unser Wohlstand und die vielfältigen Angebote in Basel können langfristig nur gesichert werden, wenn Familien gerne in Basel leben und hier bleiben. Der Kanton steht in der Verantwortung, auch für junge Familien Rahmenbedingungen zu schaffen, um in Basel-Stadt wohnen zu können. Die Lebenshaltungskosten in unserem Kanton dürfen nicht der Grund sein, ins Umland wegziehen zu müssen.

Unsere Sozialwerke müssen so ausgestaltet und stabilisiert werden, dass auch die nächsten Generationen noch davon profitieren können. Unsere soziale Verantwortung darf nicht durch ideologische Machtspiele blockiert werden, sondern muss sich an nachhaltigen Lösungen orientieren.

Die Mitte Basel-Stadt fordert:

- **eine innovative, auf die Bedürfnisse der Eltern ausgerichtete und gut ausgebauten Tagesbetreuung.** Die Eltern sollen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten an den Kosten beteiligen. Tagesbetreuung zum Nulltarif verschiebt die Verantwortung für die Erziehung der Kinder weg von der Familie zum Staat. Die Verantwortung für die Kinderbetreuung liegt in erster Linie bei der Familie. Der Staat setzt die Rahmenbedingungen für ein qualitativ hochwertiges und bedarfsorientiertes Angebot an Kindertagesstätten und anderen Betreuungsangeboten.
- **die Schaffung von mehr familienfreundlichen Begegnungszonen in der Innenstadt.** Um Familien das Leben im Stadtzentrum zu ermöglichen und zu vereinfachen, muss darauf geachtet werden, dass genügend familienfreundliche und begrünte Begegnungszonen gebaut werden. Vor allem bei der Umgestaltung von grösseren Plätzen ist hier besondere Aufmerksamkeit gefragt.
- **die Gleichbehandlung der Ehe mit anderen Lebensformen,** damit alle Paare unabhängig von Zivilstand und Geschlecht bei AHV-Renten und Steuern endlich nicht mehr diskriminiert werden.
- **die Bekämpfung der hohen und vor allem für Familien belastenden Kosten der Krankenkassenprämien** mittels der Einführung einer Kostenbremse im Gesundheitswesen, damit die Gesundheitskosten nicht stärker steigen als die Löhne.

Wirtschaftspolitik

Die Mitte steht hinter der starken Wirtschaft in Basel-Stadt und anerkennt, dass es dem Kanton und seiner Bevölkerung dank einer florierenden Wirtschaft sehr gut geht. Diese garantiert eine Vielzahl von Arbeitsplätzen und generiert einen hohen Wohlstand der Menschen in der Region. Die Steuererträge, insbesondere jene von grossen international tätigen Firmen, bescheren dem Kanton hohe Einnahmen – es sind diese Unternehmen, die es dem Kanton gut gehen lassen.

Die Wirtschaft hat ihre soziale und ökologische Verantwortung wahrzunehmen. Sie darf jedoch nicht übermässig reguliert und mit Verpflichtungen ausserhalb ihrer Kernaufgaben belastet werden.

Wirtschaftliche Prosperität ist die Voraussetzung zur Entwicklung unseres Kantons. Sie ermöglicht uns, die Wohlfahrt zu fördern, unseren Sozialstaat aufrechtzuerhalten und die kulturellen und gesellschaftlichen Angebote unseres Gemeinwezens zu sichern.

Es ist daher darauf zu achten, dass Basel-Stadt sowohl für die grossen internationalen Unternehmen als auch für die KMUs ein wirtschaftlich optimales Umfeld schafft, in dem Unternehmen geschätzt und gefördert werden.

Die Mitte Basel-Stadt fordert:

- **dass Arbeitsplätze in Basel gesichert und neu geschaffen werden.** Die Mitte erachtet es als notwendig, dass sich der Kanton wie bei der Finanzierung von neuem Wohnraum gleichermassen der Sicherung und insbesondere der Schaffung und Ansiedlung von Arbeitsplätzen annimmt.
- **eine schlanke und effiziente Verwaltung mit breitem digitalem Dienstleistungsangebot.** Administrative Abläufe sollen sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für Unternehmen so effizient, unbürokratisch und unkompliziert wie möglich gestaltet werden. Wo immer möglich sollen One-Shop-Lösungen gefunden werden, so dass z.B. bei einer Stelle alle Bewilligungen zentral eingeholt werden können (z.B. Allmendbewilligungen).
- **die Überprüfung der staatlichen Dienstleistungen auf deren Notwendigkeit hin.** Was nicht zwingend vom Staat geleistet werden muss, soll der Verantwortung der regionalen Wirtschaft überlassen werden.
- **die Ausschreibung von Transformationsflächen, um der Wirtschaft auch in Zukunft die benötigten Flächen sicherzustellen.** Eine Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Wirtschaft in Basel ist die grossflächige Verfügbarkeit von Land und der notwendigen Infrastruktur.
- **die Senkung des Eigenmietwerts auf das vom Bund vorgeschriebene Minimum bis hin zur Aufhebung des Eigenmietwertes.** Dabei dürfen die entsprechenden Abzüge nur in gleichem Umfang angepasst werden, dies vor allem mit Blick auf Seniorinnen und Senioren, die sich sonst ihr ein Leben lang abgespartes, schuldenfreies Eigenheim nicht mehr leisten können.
- **vertiefte Zusammenarbeit mit Verwaltungseinheiten benachbarter Kantone.** Zu prüfen ist, ob und falls ja welche Ämter und Einrichtungen in Basel-Stadt mit solchen in Nachbarkantonen, vorab in Basel-Landschaft, besser zusammenarbeiten und allenfalls sogar fusioniert werden können (z. B. BVB, BKB, AUE, IWB, kantonale Spitäler).
- **eine Anpassung der Besteuerung beim Bezug des Vorsorgekapitals aus der Säule 3a und der Pensionskasse.** Die Besteuerung der Kapitalleistungen aus Vorsorge ist in Basel-Stadt ungebührlich hoch. Das private Sparen ist wirtschaftlich sinnvoll und wirkt bei Wirtschaftsflauten ausgleichend.
- **gezielte und projektbezogene Unterstützung von Start-Ups, z. B. in Form einer Stiftung oder eines Fonds.** Die regionale Förderung von Start-ups bzw. Jungunternehmen soll die Wirtschafts- und Innovationskraft im Kanton stärken,

Arbeitsplätze in der Region schaffen und verbesserte Rahmenbedingungen für die Kommerzialisierung innovativer Technologien kreieren. Das kantonale Standortmarketing soll lokale und digitale Innovations-Ökosysteme (Hubs) fördern, um die globalen Player der Branchen mit mittelständischen Unternehmen und Start-ups zusammenzubringen und Netzwerke zu bilden.

- **ein unternehmensfreundlicheres Steuer- und Innovationsklima in Basel-Stadt, das Unternehmen nach Basel bringt und ein grosszügiges Mäzenatentum ermöglicht.** Gebühren und Sondersteuern («Topverdienersteuer», Dividendensteuer) sind zu vermeiden. International erzwungene Steuern (z. B. die OECD-Mindeststeuer) sind möglichst unternehmensfreundlich umzusetzen.
- **dass die KMU von Steuern, Abgaben und gesetzlichen Hemmnissen weiter entlastet werden.** Basel-Stadt muss im Bereich der Unternehmensbesteuerung im schweizerischen Vergleich attraktiv bleiben.
- **dass der Bundesrat die Beziehungen mit der EU endlich regelt und pflegt.** Als Grenzkanton ist es uns sehr bewusst, wie sehr unser Wohlstand auch von den Beziehungen zu unseren europäischen Nachbarn abhängig ist.

Bildungspolitik

Die Mitte Basel-Stadt ist der Auffassung, dass die Eltern die Hauptverantwortung für das Wohlergehen ihrer Kinder tragen. Sie müssen deshalb hauptverantwortlich über Massnahmen zur Wahrung und Förderung des Kindeswohls selbst entscheiden können. Die Mitte wehrt sich gegen Tendenzen, diese Verantwortung den Eltern entziehen zu wollen.

Eine starke Volksschule ist das Fundament unseres Bildungssystems und Garant einer qualitativ hohen Ausbildung mit hohem Integrationscharakter für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund.

Die Basler Schülerinnen und Schüler sind gemäss Bundesamt für Statistik pro Kopf die teuersten im kantonalen Vergleich – und leider auch die schlechtesten. Die meisten Studienabbrecher haben ein Basler Gymnasium besucht. Dieser Zustand ist inakzeptabel.

Statt Pflasterlipolitik zu betreiben, muss gerade in der Volksschule ein Systemwechsel in Betracht gezogen werden. Die Wiedereinführung der Förderklassen darf kein Tabu sein. Die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler soll weiterhin in einer Regelklasse unterrichtet werden. Wer jedoch in der Regelklasse überfordert ist, soll die Möglichkeit erhalten, eine für ihn oder sie geeignete Förderklasse zu besuchen. Dies schliesst heil- und sozialpädagogische Angebote in den Regelklassen allerdings nicht aus.

Alle Massnahmen, die in der Vergangenheit getroffen wurden, um die Maturitätsquote signifikant zu senken, haben ihre Wirkung verfehlt. Die Einführung einer Aufnahmeprüfung kann neben dem Notendurchschnitt als ergänzendes Selektionskriterium für den Übertritt ins Gymnasium zu einer erhofften Senkung der Maturitätsquote beisteuern.

Der freie Zugang zu den universitären Hochschulen mit der gymnasialen Maturität ist nach wie vor eine einzigartige Errungenschaft des Schweizer Bildungssystems, die nicht durch eine systemische Erhöhung der Maturitätsquote gefährdet werden darf.

Die Mitte Basel-Stadt fordert:

- **die Stärkung des Förderaspekts in der Volksschule.** Diese Förderung muss jedoch im Hinblick auf die den Jugendlichen angemessenen Optionen ausgerichtet sein. Entsprechend wichtig ist der Leistungs- und Selektionsaspekt in der Volksschule.
- **dass bei aller Wichtigkeit der Life Sciences für unseren Standort auf kurzfristige Kürzungen im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften verzichtet wird.** Die Mitte Basel-Stadt bekennt sich zur humanistischen Tradition der Universität Basel und widersetzt sich gegenläufigen Tendenzen.
- **Massnahmen gegen die erschreckend hohe Zahl an Schülerinnen und Schülern mit psychischen Problemen.** Die Mitte Basel-Stadt fordert schulische Präventionsarbeit gegen die negativen Auswirkungen von Social Media auf Kinder und Jugendliche.
- **eine Stärkung der Berufsbildung durch gezielte Aufklärungskampagnen an den Schulen und im direkten Austausch mit den Eltern.** Weiterhin sollen Massnahmen definiert werden, wie Unternehmen besser und effizienter in die Schullaufbahnplanung integriert werden können.
- **die Lehrerausbildung an der Pädagogischen Hochschule wieder praxisnah zu gestalten und zu entakademisieren.** Neben organisatorischen Anpassungen soll der Praxisunterricht durch mehr Praktika ergänzt werden. Die Theorielastigkeit der Lehrerausbildung muss bekämpft werden.
- **die Einführung einer Kompetenzprüfung für den Übergang in das Gymnasium als ergänzendes Selektionskriterium zum Notendurchschnitt in der Sekundarstufe 1, wobei die Leistungen in der Sekundarstufe 1 höher gewichtet werden.**

Gesundheits- und Sozialpolitik

Die Eigenverantwortung des Einzelnen ist der Mitte wichtig. Die Mitte steht für die gezielte und bedarfsgerechte Unterstützung von sozial Schwächeren ein. Sie setzt sich ein für ein qualitativ hochstehendes, bedarfsgerechtes und langfristig finanzierbares Gesundheitswesen als Teil unserer hohen Lebensqualität und unserer Wettbewerbsfähigkeit. Die Mitte macht sich für die Bewahrung einer fairen Sozialpartnerschaft stark, weil der soziale Friede massgeblich zu unserem Wohlstand beiträgt.

Die Mitte Basel-Stadt fordert:

- **die Sicherung der kritischen Grösse der universitären Spitäler und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit.** Wir betrachten die universitäre Medizin als gesundheits- wie auch als wirtschaftspolitisch wichtigen Faktor für die Region

Nordwestschweiz. Das universitärmedizinische Zentrum muss langfristig gut positioniert werden.

- **eine vorausblickende Planung von Kapazitätserweiterungen der Spitäler in personeller und materieller Hinsicht, um in Zukunft für mögliche weitere pandemische Ereignisse gewappnet zu sein.**
- **einen Administrationsabbau bei der Pflege und im Gesundheitswesen,** damit die persönliche Betreuung im Vordergrund bleibt.
- **eine stärkere Unterstützung kantonaler Programme zur Prävention und Gesundheitsförderung.** Der Kanton soll mehr Mittel in die Prävention investieren, um die Gesundheit der Basler Bevölkerung langfristig zu verbessern, und dabei mit privaten Partnern zusammenarbeiten.
- **eine engere Zusammenarbeit von Basel-Stadt und Basel-Landschaft.** Fünf Jahre nach der Versenkung der Spitalfusion durch die Linken merkt nun die Politik, dass eine Annäherung von USB und KSBL mehr als sinnvoll ist, um die Investitionen besser abzustimmen. Die gemeinsame Versorgungsplanung zeigt, wie eine Zusammenarbeit gut funktionieren kann.
- **die Erhöhung der Attraktivität der Pflegeberufe durch Lohnerhöhungen, flexible Arbeitsbedingungen und die Umsetzung der Pflegeinitiative,** damit sich durch mehr Personal die Betreuung verbessern kann und die Unabhängigkeit gegenüber ausländischen Fachkräften erhöht wird.
- **Gesetzesanpassungen, damit jede Patientin und jeder Patient sich selbst dazu entscheiden kann, ein elektronisches Patientendossier für sich anlegen zu lassen.** Das elektronische Patientendossier trägt zur Behandlungssicherheit und Qualitätsverbesserung bei.
- **einen Ausbau von ambulanten und aufsuchenden Pflege- und Betreuungsangeboten** sowie eine stärkere Unterstützung der Pflege durch Angehörige.
- **eine griffige Qualitätskontrolle** bei sämtlichen Leistungserbringern im Gesundheitswesen sowie eine engere Zusammenarbeit zwischen den Berufsgruppen zur Erhöhung der Qualität. Mittels Standards und festgelegten Abläufen können gefährliche – und damit teure – Fehler bei der Behandlung vermieden werden.

Seniorenpolitik

Die Generationensolidarität ist grundlegend für unsere Gesellschaft. Die ältere Generation verdient Anerkennung und Sorge. Sie hat viel zur Entwicklung unseres Kantons beigetragen, der heute eine hohe Lebensqualität bietet. Die Mitte anerkennt die Lebensleistung sowie die Erfahrung von älteren und betagten Menschen und bietet ihnen Unterstützung für ein selbstbestimmtes Leben sowie für soziale Teilhabe. Solidarität soll aber gegenseitig sein: Die Mitte-Seniorenpolitik berücksichtigt auch das Wohlergehen und die sichere Zukunft der jungen Generation.

Der Bevölkerungsanteil von Personen über 60 nimmt stetig zu. Damit wird auch die Anzahl an über 60-jährigen Personen steigen, die noch erwerbstätig sind. Ältere

Arbeitnehmende sollen keine Schwierigkeiten haben, ihre Arbeitsstelle zu behalten oder eine neue zu finden. Sie dürfen nicht aufgrund ihres Alters diskriminiert werden, sondern sollen vielmehr ihre Fähigkeiten und ihren Willen zu ausgezeichneter Arbeit einbringen können.

Ältere Menschen sollen möglichst lange und ohne abhängig zu werden ein selbstbestimmtes Leben führen können. Viele möchten so lange wie möglich zu Hause wohnen. Eine Vielzahl verschiedener Unterstützungsangebote soll dies gewährleisten.

Als Alternative zu guten Alters- und Pflegeheimen sollen moderne Wohnformen wie Alterssiedlungen, Haus- und Wohngemeinschaften oder Mehrgenerationenhäuser ermöglichen, dass alte Menschen gut versorgt und nicht isoliert leben.

Die finanzielle Absicherung ist für das Wohlergehen im Alter fundamental. Wohlfühlen kann sich im Alter nur, wer über eine zahlbare und gute Wohnmöglichkeit verfügt. Ausserdem dürfen die Gesundheitskosten nicht unkontrolliert steigen. Trotz jahrzehntelanger Arbeit können ältere Menschen und besonders ältere Frauen in finanzielle Nöte geraten. Sie sollen in angemessener Weise unterstützt werden.

Freiwilligenarbeit von der und für die Generation 60+ ist wertvoll. Zu erwähnen ist hier auch die Unterstützung junger Familien durch Grosseltern, die regelmässig Enkelkinder betreuen. Andererseits erfahren viele Ältere wertvolle Unterstützung durch Freiwilligenarbeit.

Die Mitte Basel-Stadt fordert:

- **dass ältere Arbeitnehmende mittels Weiterbildungen und tiefen Beitragsätzen nicht aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden.** Es braucht Weiterbildungsangebote für ältere Arbeitnehmende und Mentoring bei der Jobsuche. Zudem stellen die gestaffelten Pensionskassenbeiträge ein Hindernis für die Anstellung von älteren Personen dar. Diese sollten für alle Altersgruppen gleich sein.
- **die Förderung von Alterswohnungen,** damit ältere Personen ohne finanzielle Nachteile in kleinere Wohnungen wechseln können.
- **die Förderung von Wohnformen, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und der sozialen Isolierung vorbeugen** wie beispielsweise Alterssiedlungen, Alters-WGs, Hausgemeinschaften, Altersresidenzen, Wohnen mit Serviceangebot, generationenübergreifendes Wohnen. Unterstützungsangebote für das Wohnen zu Hause wie Pflegedienste, Beratungsstellen und Taxi- oder Mahlzeitendienste sollen ausgebaut werden.
- **die Förderung von Wohn- und Betreuungsangeboten für Betroffene von Demenz.** Für Erkrankte müssen würdevolle Wohnformen mit kompetenter Betreuung geschaffen werden. Pflegende Angehörige sollen die Möglichkeit von Auszeiten erhalten.
- **Programme, die Firmen dazu anreizen, über 60-Jährige im Arbeitsverhältnis zu behalten oder neu einzustellen.** Die Überbrückungsrente darf nicht zu einem Fehlanreiz führen und eine arbeitende Person schlechter dastehen lassen als

jemanden, der eine Überbrückungsrente bezieht. Die meisten Menschen zwischen 60 und 65 sind kompetent und arbeitswillig. Für diese Menschen soll es wirtschaftlich interessanter sein zu arbeiten als von staatlichen Beiträgen zu leben.

- **eine Senkung des maximalen jährlichen Vermögensverzehrs von 20 auf 10 Prozent im Falle eines Pflegeheimetrtritts.** Das Schaffen einer persönlichen finanziellen Vorsorge für das Alter darf nicht bestraft werden.

Wohnpolitik

Wie in der ganzen Nordwestschweiz wächst auch die Bevölkerung im Kanton Basel-Stadt. Dies ist erfreulich, widerspiegelt sich doch darin die grosse Attraktivität unseres Kantons. Die Wirtschaft wächst und damit die Zahl der Arbeitstätigen. Diese wünschen sich eine schöne und möglichst günstige Wohnung.

Die Politik des Kantons muss darauf ausgerichtet sein, den Wohnungsbau im Kanton zu fördern und sich für eine genügende Anzahl an Wohnungen zu tragbaren Bedingungen zu engagieren.

Es braucht in Basel eine deutliche Korrektur der bisherigen Wohnbaupolitik: mehr praktische Lösungen statt Ideologie und weniger, aber bessere rechtliche Grundlagen, sowie Behörden, die sich für den Wohnungsbau engagieren.

Die Mitte Basel-Stadt fordert:

- **die Schaffung von genügend Wohnraum:** Gemäss den offiziellen Planungen wird die Bevölkerung in der Region weiter wachsen. Dafür soll ein ausreichendes Angebot an Wohnungen zur Verfügung stehen. Die Verfügbarkeit von gutem Wohnraum hat einen Einfluss darauf, ob sich die Wirtschaft und damit die Anzahl von Arbeitsplätzen positiv entwickelt. Das kann man nur erreichen, indem man den vorhandenen Wohnungsbestand regelmässig saniert und den Neubau von Wohnungen fördert.
- **die Entwicklung von Arealen:** Basel ist in der glücklichen Lage, über verschiedene Areale zu verfügen, die für die Ansiedlung von neuen Unternehmen und den Bau von neuen Wohnungen geeignet sind (Klybeck, Rosental, Dreispitzareal, Grenzachstrasse). Hier soll die Planung vorangehen und nicht durch übertriebene Forderungen blockiert werden.
- **die Förderung von gemeinnützigem Wohnungsbau:** Es ist nicht Sache des Staates, selbst Wohnungen zu bauen, auch nicht mit Liegenschaften im Finanzvermögen. Wohnungsbau soll auf privater Initiative beruhen und mit privatem Kapital erfolgen. Dabei ist die Förderung von gemeinnützigen Wohnbauträgern angezeigt.
- **einen tauglichen Mieterschutz:** Das Bundesrecht kennt im Obligationenrecht (OR) bereits einen stark ausgebauten Mieterschutz. Dieser soll mit einer leistungsfähigen Mietschlichtstelle umgesetzt werden. Zusätzliche kantonale Regelungen sind nicht notwendig.
- **weniger staatliche Vorschriften:** Das Bessere ist der Feind des Guten. Der Staat will mit immer neuen Vorschriften unser Leben verbessern. Im Bereich des Bauens und besonders Wohnungsbau führt dies dazu, dass die Verfahren immer

komplizierter werden und länger dauern, wobei gleichzeitig die Kosten massiv steigen. Preisgünstiger Wohnungsbau ist so kaum mehr möglich. Korrekturen sind daher fällig.

- **die Beschleunigung von Verfahren:** Rechtsmittelverfahren sind zeitaufwendig und kostentreibend. Der Kanton muss Wege suchen, um die Rechtsmittel weniger attraktiv zu machen.
- **die Korrektur des Wohnraumfördergesetzes:** Die mit dem Wohnraumfördergesetz eingeführten zusätzlichen Normen sind derart engstirnig und rückwärtsgerichtet, dass sie Sanierungen und Wohnneubauten verhindern. Auch wird die wirtschaftliche Komponente ausgeklammert. Das Gesetz in der jetzigen Form schadet den Mietern in unserem Kanton. Nachdem sich diese negativen Auswirkungen in der Praxis jetzt klar zeigen, sind Korrekturen fällig.
- **wohnbaufreundlichere Behörden:** Staatliche Behörden haben die Aufgabe, das Recht durchzusetzen. Sie können aber auch die Bauwilligen durch Beratung und das Aufzeigen von Lösungen unterstützen. Dies ist bei diversen mit dem Wohnungsbau befassten Behörden nicht der Fall und muss korrigiert werden.
- **ein gutes Klima für Investitionen:** Die in übertriebener Weise verschärfte Bauvorschriften sowie hängige Initiativen haben das Klima für den Wohnungsbau massiv verschlechtert und Rechtsunsicherheit geschaffen. Zahlreiche Investoren haben sich aus dem Stadtkanton zurückgezogen. Es ist alles zu unternehmen, um diese zurückzugewinnen.

Kultur

Der Kanton Basel-Stadt hat schweizweit die höchsten Ausgaben pro Kopf für Kultur. Dies macht Basel zu einer Kulturstadt, die für Neuzuzieher, den Fremdenverkehr, aber auch für Besucherinnen und Besucher aus den umliegenden Kantonen attraktiv ist. Damit erbringt unser Kanton Zentrumsleistungen, die fast ausschliesslich durch ihn alleine finanziert werden.

Der grösste Teil der Gelder (rund 70%) fliesst in die fünf staatlichen Museen und an das Theater Basel, während sich die «Restkultur» die verbleibenden 30% teilt. Beide Tatsachen – die nicht ausreichend vergüteten Zentrumsleistungen und der hohe Anteil der Ausgaben für wenige grosse Kulturträger – sind die Symptome der beiden Hauptprobleme der Basler Kulturpolitik: Das zu geringe finanzielle Engagement der umliegenden Gemeinden und Kantone für die von der Stadt erbrachten Zentrumsleistungen und das krasse Ungleichgewicht zwischen den Ausgaben für die traditionellen Träger der E-Kultur und den anderen Kulturträgern unseres Kantons.

Unzählige Kulturinstitutionen sind auf Staatsbeiträge des Kantons angewiesen, die sie auch regelmässig zugesprochen bekommen. Dabei beruht in vielen Kulturbereichen die Zuwendungspraxis auf historisch gewachsenen Strukturen, die wenig Flexibilität in Bezug auf die Berücksichtigung anderer oder neuer Anbieter zulässt.

Zudem verlangen diese Institutionen mit jeder Staatsbeitragsperiode wie selbstverständlich mehr Mittel, dies oft mit der Begründung eines Ausbaus des

Angebots, das nicht Teil des Leistungsauftrags ist. Durch die enge Vermischung von Mitgliedern des Grossen Rates mit den Vorständen vieler Kulturinstitutionen werden diese Gelder dann auch oft problemlos gesprochen.

Die Mitte Basel-Stadt fordert:

- **dass die Regierung die Praxis der Vergabe von Staatsbeiträgen an kulturelle Institutionen überdenkt** und beispielsweise mit der Ausschreibung der von der Stadt benötigten oder gewünschten kulturellen Dienstleistungen mehr Dynamik in die Kulturszene bringt und so auch Anbietern von Kultur ausserhalb des etablierten Bereichs Zugang zu Staatsbeiträgen ermöglicht. Fix definierte Prozentanteile an Budgets, wie sie vermehrt gefordert werden, sind abzulehnen, da diese zu einem generellen Ausgabenwachstum führen.
- **dass die Regierung alles daransetzt, dass mittelfristig ein gerechterer Lastenausgleich zwischen dem Kanton Basel-Stadt und den umliegenden Gemeinden und Kantonen zustande kommt.** Dabei soll der Fokus nicht nur auf dem Kanton Basel-Landschaft liegen. Entsprechende Verhandlungen sind auch mit den Kantonen Solothurn (Schwarzbubenland) und Aargau (Fricktal) zu führen. Auch sind entsprechende Initiativen auf Bundesebene zu ergreifen, da der Bund die rechtlichen Möglichkeiten hat, einen solchen Lastenausgleich verbindlich festzulegen.
- **dass die Regierung die Museen in eine weitgehende Eigenständigkeit entlässt. Dies ermöglicht es den einzelnen Häusern, ihr Profil zu schärfen und eigenständiger finanzielle Mittel zu erwirtschaften.** Dabei ist die Unveräusserlichkeit der Sammlung als Universitätsgut zu hinterfragen, damit die Häuser nicht vorwiegend Horte unausstellbarer Objekte sind, sondern mit den frei werdenden finanziellen Mitteln dank Veräusserungen und wegfallenden kuratorischen Aufgaben eine dynamischere Ausstellungspolitik betreiben können, dies im Sinne des Museums als echte Erlebniswelt.

Technologiewandel

Die Mitte Basel-Stadt will die Chancen und Risiken des technologischen Wandels sichtbar machen und eine Diskussion über unsere gemeinsame städtische Zukunft anstossen.

Der Technologiewandel – Digitalisierung, Automatisierung und Vernetzung, Sensorik, Big Data, künstliche Intelligenz, Internet der Dinge, neuartige Fertigungstechniken usw. – hat zu einer enormen Dynamik geführt.

Die Auswirkungen von Technologien, ob Chancen oder Risiken, sind uns heute oftmals noch nicht bewusst. Wir können sie nicht vorhersehen und häufig nur schwer fassen. Neue Arbeitsformen und digitale Wirtschaftsentwicklungen, neue gesellschaftliche Phänomene und Adaptionen beschäftigen uns alle.

Die Mitte Basel-Stadt fordert:

- **eine Bildung, die an die neuen Herausforderungen bezüglich Wissensvermittlung und Lernen angepasst ist.** Dafür brauchen wir eine Bildungsstrategie 4.0, die sich nicht nur mit der Bereitstellung von IT-Mitteln und neuen Stoffplänen zur Anwendung zufriedengibt, sondern den verantwortungsvollen und sicheren

Umgang mit dem Web 4.0 anspricht und die gesellschaftliche Dimension des Wandels und das Miteinander in einer digitalisierten Welt vermittelt. Das Ziel sind mündige und verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger in einer 4.0-Welt.

- **einheitliche technologische Lösungen im Dreiland im Gesundheitswesen, bei den Blaulichtorganisationen sowie bei allen Mobilitätslösungen.** Es sollen Partnerschaften bei der Lösung von staatlichen Aufgaben eingegangen werden (staatlich und nicht-staatlich, regional und international). Unsere Region muss sich für eine liberale Gesetzgebung im Umgang mit digitalen Gesundheitsdaten einsetzen. Nur so können wir unseren weltweiten Spitzenplatz in der Life Sciences-Branche verteidigen.
- **dass Netzwerke wie LoRa (der IWB) öffentlich gemacht werden und neuen innovativen Mikro-Ökonomien eine Chance bieten.** Technologieinvestitionen sind möglichst breit zugänglich zu machen. Je mehr Expertinnen und Experten an diesen Technologien mitarbeiten und sie nutzen, desto effektiver werden sie.

Integration

Die Mitte fordert und fördert die Integration von Immigrantinnen und Immigranten. Dabei anerkennt sie, dass unser Gemeinwesen und unsere Wirtschaft auf den Beitrag von Ausländerinnen und Ausländern angewiesen sind.

Was Basel braucht, ist eine vorausschauende Migrationspolitik. Es gilt jene zu integrieren, die zu uns kommen und hier bleiben dürfen. Die Werte unserer Gesellschaft müssen im Zusammenleben gewahrt und die Diskussion über diese Werte auch mit Personen aus anderen Kulturkreisen geführt werden. Einen Missbrauch unserer Sozialsysteme toleriert die Mitte hingegen nicht.

Unsere Asylpolitik orientiert sich am Grundsatz der Humanität. Es gilt, Menschen in Not zu helfen. Diese Hilfe sollte sowohl in Basel als auch vor Ort in Krisengebieten stattfinden.

Der Zuzug von Ausländerinnen und Ausländern zum Zweck der Erwerbstätigkeit ist nach dem Bedarf unserer Wirtschaft zu steuern.

Immigrantinnen und Immigranten, die sich an unsere Gesetze halten, verdienen in Basel eine faire Chance zur Integration.

Missbrauch ist konsequent zu bekämpfen und zu sanktionieren.

Die Mitte Basel-Stadt fordert:

- **die konsequente Umsetzung des Grundsatzes von «Fördern und Fordern» in der Praxis.** In Einzelfällen sind Integrationsvereinbarungen abzuschliessen und auch konsequent einzuhalten. Dabei müssen Migrantinnen und Migranten begleitet und ihre Fortschritte geprüft werden.
- **den raschen und unbürokratischen Einbezug von neu Zugezogenen in Integrationsangebote.** Eine Landessprache muss schnell erlernt werden können. Sie ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration.

- **besondere Aufmerksamkeit bei der Integration von Nicht-Berufstätigen.**
- **die konsequente Bekämpfung von Missbräuchen sozialer Hilfeleistungen** unter Ausschöpfung der gesetzlich vorgesehenen Mittel.
- **die regelmässige Überprüfung der Sprachkompetenz** von Ausländerinnen und Ausländern bei Behördenkontakten, damit eine gezielte Förderung angeboten werden kann.

Sicherheit

Sicherheit ist ein elementares menschliches Bedürfnis und eine staatliche Kernaufgabe. Sicherheit im Alltag bedeutet Lebensqualität. Sich sicher zu fühlen, muss in Basel wieder eine Selbstverständlichkeit sein. In den Bevölkerungsbefragungen erreicht die öffentliche Sicherheit einen der höchsten Wichtigkeitswerte.

Eine starke, öffentlich sichtbare und einsatzbereite Armee und Polizei sind die Grundsteine der öffentlichen Sicherheit. Die Basler Mitte ist für die Beibehaltung einer modernen Milizarmee und für die Neutralität der Schweiz. Weiter ist die Verunsicherung der Bevölkerung ernst zu nehmen.

Sicherheit muss aber ebenfalls daheim gewährleistet sein. Jede Form von häuslicher Gewalt und Cybermobbing ist zu bekämpfen, dabei ist speziell auf einen guten Kinderschutz zu achten.

Die Mitte Basel-Stadt fordert:

- **die konsequente Bekämpfung von häuslicher Gewalt.** Gewalt in der Familie darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben und sollte niemals toleriert werden – auch nicht aus kulturellen oder religiösen Gründen. Die Mitte fordert harte Konsequenzen für alle Menschen, die Gewalt in der Familie tolerieren oder ausüben, unabhängig von ihrer Herkunft. Eine griffigere Präventionsarbeit in Gesellschaft und Schule sowie Anlaufstellen für betroffene Personen sind sofort nötig.
- **Massnahmen gegen Cybermobbing und zugunsten von Jugendschutz.** Jugendliche sind online besonders verletzlich. Unkontrollierte Inhalte in Foren und Chatträumen dienen als gefährliche Kontaktstellen für Täter und Opfer. Der Jugendschutz ist Sache der Kantone und muss unbedingt gestärkt werden.
- **die Bekämpfung von Radikalisierung und Terrorismus.** Die Kantonspolizei muss besser ausgerüstet werden, etwa durch den Kauf von Sonderschutzfahrzeugen. Diese wichtigen Hilfsmittel dienen zum Schutz der Bevölkerung in Zeiten erhöhter Terrorgefahr.
- **die Bekämpfung von Rassismus, Sexismus und Antisemitismus.** Die Mitte unterstützt ein verstärktes Vorgehen gegen Rassismus, Sexismus und Antisemitismus, denn leider haben in den letzten Jahren Vorfälle in diesen Bereichen zugenommen. Ebenfalls unterstützt die Partei Präventionsmassnahmen zu den einzelnen Themen. Dazu gehört auch ein klares Adressieren der Tätergruppen, die aus

dem rechten und rechtsextremen Spektrum genauso wie aus dem linken Spektrum und/oder aus Migrantenkreisen stammen.

- **eine bessere Prävention im Bereich der Vermögensdelikte.** In Basel-Stadt werden zahlreiche Seniorinnen und Senioren Opfer von Vermögensdelikten. Eine Mehrheit der Fälle wird aus Angst oder Scham nicht gemeldet. Hier ist eine grössere Präventionsarbeit zu leisten und sichere Meldungsverfahren sind zu garantieren.
- **die Einführung von Kameras an öffentlichen «Hotspots».** In anderen Städten haben Kameras im öffentlichen Raum Wirkung entfaltet. Zum einen wirken sie abschreckend auf die potentielle Täterschaft und damit präventiv. Zum anderen dienen sie der Täter-Ermittlung, wenn doch etwas passiert ist.
- **dass Gewalt rund um Sportveranstaltungen konsequent angegangen wird.** Gewalttätige Hooligans müssen bestraft werden. Fussballspiele müssen für Familien ein gewaltfreies Vergnügen sein.
- **einen besseren Umgang mit Demos in der Stadt.** Demonstrieren ist ein Grundrecht. Die Mitte ist gegen ein generelles Demoverbot. Die jetzige Situation ist aber unbefriedigend. Bei der Bewilligung von Demos muss mehr Rücksicht auf die Bevölkerung genommen werden. Es darf nicht dazu kommen, dass jeden Samstag quer durch die Innenstadt demonstriert wird. Weiter müssen unbewilligte Demos restriktiv angegangen werden.
- **Investitionen in die Cybersicherheit.** Sowohl Kantonsverwaltung als auch private Unternehmen wurden in der Vergangenheit das Ziel von Cyber-Attacken. Dennoch vernachlässigen vor allem viele kleinere Unternehmen die Cybersicherheit – mit gravierenden Folgen. Der Kanton soll eine Vorreiterrolle im Cybersicherheitsbereich übernehmen und Kooperationen mit der Forschung und Wirtschaft fördern, um die Unternehmen gegenüber Cyberangriffen resilienter zu machen.
- **effizientere Strafverfolgung.** Die Arbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft wird heute ungebührlich durch überbordende formelle Vorschriften eingeschränkt. Das Strafrecht und die Strafverfahren sind zu täterfreundlich. Wir brauchen eine korrekte, aber auch effiziente Strafverfolgung.

Verkehr

Die Nordwestschweiz soll gemäss Prognosen in den nächsten wenigen Jahrzehnten um 150'000 Einwohnerinnen und Einwohner wachsen (Agglomerationsprogramm). Auch die Wirtschaft wird weitere Arbeitsplätze in der Region schaffen und so Menschen in die Region ziehen. Damit steigen die Ansprüche an die Infrastruktur und den Verkehrsbetrieb.

Die Region Basel im allgemeinen und der Kanton Basel-Stadt im speziellen brauchen eine Vision 2050. Es fehlt bislang ein konsequentes Vorausdenken und eine auf folgenden Fragen basierende Weiterentwicklung des Verkehrssystems: Wie viele und wo leben die Menschen? Wie viele und was für Arbeitsplätze werden von der Wirtschaft angeboten und wo befinden sich diese? Wo und wie verbringen

Einwohnerinnen und Einwohner ihre Freizeit, kaufen ein, pflegen private Kontakte?

Sowohl der öffentliche Verkehr (öV) als auch der Individualverkehr (IV) haben ihre Berechtigung. Es braucht eine Vielzahl von Verkehrsmitteln, die sinnvoll eingesetzt werden. Die erste Priorität gilt aber dem öV.

Die Mitte Basel-Stadt fordert:

- **eine Vision 2050:** Der Kanton muss Entwicklungen antizipieren und seine Planung danach ausrichten. Es fehlt beim Verkehr eine Vision 2050. Zu berücksichtigen ist etwa, dass im Klybeck zusätzlich 10'000 Menschen wohnen und 5'000 neue Arbeitsplätze entstehen werden. Es sind Verkehrsströme zu planen und Investitionen anzustossen.
- **das Vorantreiben grosser Projekte:** Die Mitte unterstützt die in Planung begriffenen Verkehrs-Grossprojekte in der Region. Das Herzstück ermöglicht die grosszügige Erschliessung des Zentrums der wachsenden Region, der Rheintunnel entlastet die Osttangente und ermöglicht die Verkehrsberuhigung in Wohnquartieren, das Wirtschaftsgebiet Baslink in Allschwil benötigt eine leistungsfähige Erschliessung mit dem IV (ZUBA) und dem öffentlichen Verkehr. Es fehlt der Bahnanschluss des EuroAirports.
- **den laufenden Ausbau des öffentlichen Verkehrs:** Neben den erwähnten Grossprojekten bedarf der öV aber auch Verbesserungen der bestehenden Infrastruktur. Im Raum stehen neue Tramverbindungen durch Petersgraben, Claragraben und Margarethenstich. Sie erhöhen die Leistungsfähigkeit und Sicherheit des Tramnetzes und sind geeignet, aktuelle und künftige Kundenbedürfnisse besser zu befriedigen. Gleichermassen gilt dies für die neuen S-Bahn-Haltestellen Morgartenring und Solitude, aber auch für Ausbauten im Umland (Tram 8 in Allschwil und Weil am Rhein, S-Bahn in BL).
- **eine lebendige Innerstadt:** Die Innerstadt lebt von den Menschen, die hier arbeiten, einkaufen und sich vergnügen. Die Innerstadt ist sehr gefragt, viele geben bei Befragungen die Basler Innerstadt als Ziel ihrer Fahrten an. Hier mehrere Tramlinien durchzuführen, ist unverzichtbar. Gleichzeitig ist eine gewisse Entlastung des Innerstadt-Korridors angezeigt, dies durch Verlegung einzelner Linien in den Petersgraben und auf die Wettsteinbrücke, was eine Erhöhung der Flexibilität im Betrieb garantieren würde.

Prioritäten im Verkehr: Der Platz im städtischen Raum ist knapp, die Ansprüche sind gross. Es ist eine klare Prioritäten-Ordnung zu fixieren. Das effizienteste Mittel ist der öffentliche Verkehr mit Tram und Bus, er muss klaren Vorrang haben. Für Langsamverkehr (Fussgänger und Velo) und den Individualverkehr sind bedürfnisgerechte Lösungen zu finden. Für die Fussgängerinnen und Fussgänger, die schwächsten Verkehrsteilnehmer, sollen sichere Zonen geschaffen werden, in welchen sämtliche Velofahrer weggewiesen werden. Eine Vermischung der Zonen muss vermieden werden.

- **die Verbesserung des ÖV:** Der Fahrplan des öV ist zu verdichten, insbesondere in den Abendstunden und auf stark befahrenen Stecken. Dem Tram sind weitmöglichst eigene Trassen zuzuweisen. Nur so kann die Fahrplansicherheit gewährleistet werden. Massnahmen müssen ergriffen werden, um die Geschwindigkeit des

öV zu verbessern (an Lichtsignalanlagen, durch weniger Haltestellen). Eine flächen-deckende Einführung von Geschwindigkeit 30 km/ h würde auch den öV massiv ausbremsen. Die BVB sind stärker als eigene Unternehmung auszubilden (wie Unispital).

- **einen vernünftigen Umgang mit dem motorisierten Individualverkehr (MIV):** Der motorisierte Individualverkehr darf nicht verteufelt werden. Viele Wirtschaftsbetriebe sind ebenso auf ihn angewiesen wie Privatpersonen. Wenn Parkplätze aus der Stadt verschwinden sollen, müssen genügend andere Möglichkeiten zur Verfügung stehen, etwa in Quartierparkings.
- **Ergänzendes, Neues:** Es sind neue Formen und Regelungen zu prüfen und zu fördern wie E-Autos samt Ladestationen, Poller, Mobility-Pricing und Pendlerparkplätze am Stadtrand.

Klimapolitik

Der Klimawandel beeinflusst immer mehr Lebensbereiche. Wir dürfen uns vor dieser Entwicklung nicht verschliessen. Bei der baulichen und verkehrstechnischen Entwicklung unserer Stadt müssen Überlegungen und Massnahmen zum Klimaschutz Teil der Planung sein. Dabei dürfen aber solche Überlegungen die Entwicklung der Stadt nicht verhindern. Technologischer Fortschritt und Stadtentwicklung müssen Hand in Hand mit den berechtigten Umwelterfordernissen gehen, damit unser Lebensraum erhalten bleibt und den nächsten Generationen intakt übergeben werden kann.

Gerade den jungen Mitgliedern unserer Gesellschaft sind wir eine umweltbewusste und glaubwürdige Politik schuldig.

Die Mitte Basel-Stadt fordert:

- **Anreize zu Investitionen in erneuerbare Energien.** Aktuell ist es immer noch günstiger, in fossile Energien zu investieren. Alternative Energie- und Mobilitätsformen zu fördern und trotzdem auf die Strasse zu setzen, ist nicht zielführend. Es muss attraktiv sein, Entwicklungen in erneuerbaren Energien voranzutreiben und sie auch anzuwenden. Dies bezieht sich sowohl auf die Nutzung der Solarenergie bei Gebäuden als auch auf alternative Mobilitätsformen.
- **die Vereinbarung von wirtschaftlicher Prosperität und Klimaschutz.** Die wirtschaftliche Prosperität bildet einen wichtigen Faktor für unsere Bestrebungen in Richtung einer umfassenden Nachhaltigkeit. Nur ein florierender Wirtschaftssektor ermöglicht es, die notwendigen Ressourcen für soziale Initiativen und ökologische Investitionen bereitzustellen. Diese finanzielle Stabilität ist von entscheidender Bedeutung, um innovative Lösungen zu entwickeln und umzusetzen, die unsere Umweltauswirkungen minimieren. Eine gesunde Wirtschaft schafft zudem auch die Voraussetzungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohlstand, die wiederum sicherstellen, dass auch die Bevölkerung die Nachhaltigkeitsbestrebungen unterstützt.
- **ein grundlegendes Überdenken des Abfall- und Recyclingsystems und einen innovativen und ganzheitlichen Ansatz für diese komplexe und immer**

wichtiger werdende Thematik. Es braucht für unseren Kanton ein Konzept, das alle Komponenten umfasst und zukunftsweisende, nachhaltige und ökonomische sowie gewerbeverträgliche Lösungen vorsieht, die für die Menschen in Basel tragbar und praktikabel sind, auch wenn sie keinen eigenen Garten und kein Auto haben.

- **die Ahndung von illegaler Abfallentsorgung und Littering.** Umweltbewusstsein äussert sich auch im Kleinen, vor oder hinter der eigenen Haustür. Umweltbewusstsein muss mehr sein als nur eine Einstellung. Man muss es leben und die Konsequenzen tragen, wenn man es nicht tut.
- **Nachhaltigkeit durch Innovation.** Viele Herausforderungen der Menschheit wurden und werden durch technologische Innovation gelöst. Durch ständige Verbesserungen und die Entwicklung neuer Technologien können wir umweltfreundlichere Produktions- und Konsumweisen etablieren sowie die Grundlage für ein langes und gesundes Leben von möglichst vielen Menschen schaffen. Dies bedeutet nicht nur die Anpassung von bestehenden Systemen, sondern auch die Schaffung völlig neuer Ansätze.